

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donnerst-
tag und Sonnabend. In-
sertionspreis: die Kleinsp.
Seite 10 Pf.

Abonnement
viertelj. 1 M. 20 Pf. (incl.
2 illustr. Beilagen) in der
Expedition, bei unsern Bo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Hannebohn in Eibenstock.

44. Jahrgang.

Nr. 8.

Dienstag, den 19. Januar

1897.

Der erste diesjährige **Bezirkstag** wird in öffentlicher Sitzung
Sonnabend, den 30. Januar l. J.,
von 11 Uhr Vormittags an
im Sitzungssaale der unterzeichneten Behörde abgehalten werden.
Schwarzenberg, am 16. Januar 1897.

Königliche Amtshauptmannschaft.
Fehr. v. Wirsing.

Bekanntmachung.

Nachdem die Einweisung der neu- bez. wiedergewählten **Stadtverordneten**
am 4. d. Mts. stattgefunden hat, setzt sich das Stadtverordneten-Collegium im Jahre
1897 folgendermaßen zusammen:

1. Drittel.

- Herr Oberpostassistent August Hermann Döhler,
- " Bürgerschullehrer Carl Emil Herflog,
- " Kaufmann Alfred Hirschberg,
- " Max Richard Ludwig,
- " Schneidermeister Hermann Pfefferkorn,
- " Oekonom Carl Gottlieb Reuter,
- " Kaufmann Gustav Emil Schlegel.

2. Drittel.

- Herr Gärtnereibesitzer Bernhard Fritzsche,
- " Kaufmann Hermann Kessler,
- " Bernhard Böschner,
- " Brettmühlensbesitzer Richard Böckel,
- " Kaufmann Hermann Müller,
- " Gustav Emil Tittel,
- " Otto Rudolf Unger.

3. Drittel.

- Herr Kaufmann Gustav Diersch,
- " Buchdruckereibesitzer Emil Hannebohn,
- " Baumeister Oswald Rieß,
- " Kaufmann Alban Männel,
- " Hermann Rudolph,
- " Zeichner Max Scheffler,
- " Oberforstmeister Heinrich Schumann, Ritter zc.

Herr Buchdruckereibesitzer Emil Hannebohn ist zum **Vorsitzer** und Herr
Gärtnereibesitzer Bernhard Fritzsche zum **Vizevorsitzer** des Collegiums gewählt
worden.

Eibenstock, den 13. Januar 1897.

Der Rath der Stadt.
Hesse. Gnädichtel.

Bekanntmachung,

Schulgeld betr.

Es wird hiermit an Bezahlung des auf die Zeit vom 1. October bis 31. De-
zember 1896 in Rückstand gelassenen **Schulgeldes der I. und II. Bürgerschule**
mit dem Bemerken erinnert, daß, wenn bis zum

26. Januar dieses Jahres

Zahlung an die hiesige **Schulgelder-Einnahme** nicht erfolgt, das vorgeschriebene
Zwangsvollstreckungsverfahren eingeleitet werden wird.

Eibenstock, am 13. Januar 1897.

Der Rath der Stadt.

Hesse.

Abch.

Gefunden

und anher abgegeben wurde ein **schwarzer Damenvpelztragen.**
Der Eigentümer hat sich innerhalb Jahresfrist an Rathsstelle zu melden.
Eibenstock, den 16. Januar 1897.

Der Rath der Stadt.

Hesse.

Blg.

Holz-Versteigerung auf dem Staatsforstrevier Bockau.

Dienstag, den 26. Januar 1897, von Vorm. 1/2 9 Uhr an

sollen im **Rathskeller in Aue**

folgende auf dem Schlage in Abtheilung 12, sowie von Durchforstungen in den Ab-
theilungen 26, 30 und 45 aufbereitete **Ruthhölzer** und zwar:

4220 Stück w. Röhler von 8-15 cm Oberstärke,	} 3,5 bis 4,5 m Länge,
4156 " " " " " " " "	
2605 " " " " " " " "	
0,50 Hdt. Verhänger " 10-12 " Unterstärke,	
55,50 Reisklängen " 3 u. 4 " "	

sowie **Wittwoch, den 27. Januar 1897, von Vorm. 9 Uhr an**
im **Gasthose „zur Sonne“ in Bockau**

die in den obengenannten Abtheilungen aufbereiteten **Brennhölzer**, als:

1 Rm. h.,	84 Rm. w. Schelte,
3 " " "	64 " Anüffel,
14 " " "	12 " Jacken,
838 " Streuholz u. 472	118 " Kelle,
	472 " Stöße

unter den vor Beginn der Auktion bekannt zu machenden Bedingungen versteigert werden.
Königl. Forstrevierverwaltung Bockau u. Königl. Forstrentamt Eibenstock,
Richter. am 14. Januar 1897. **Gerlach.**

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Das Statistische Amt des Deutschen Reiches hat nunmehr eine Zusammenstellung der Ergebnisse der Volkszählung vom 2. Dezember 1895 gemacht, der wir die nachstehenden Angaben entnehmen. Das Deutsche Reich zählte 52,279,901 ortsanwesende Personen, davon waren männlich 25,661,250, weiblich 26,618,651. (Zunahme im Vergleich zu 1890: 2,851,431). Von dieser Gesamtbevölkerung kommen auf Preußen 31,855,123 (männlich 15,645,439, weiblich 16,209,684), Zunahme 1,897,756. — Bayern 5,818,544 (männlich 2,846,687, weiblich 2,971,857), Zunahme 223,562. Sachsen 3,787,688 (männlich 1,838,422, weiblich 1,949,266), Zunahme 285,004. Württemberg 2,081,151 (männl. 1,007,125, weiblich 1,074,026), Zunahme 44,629. Baden 1,725,464 (männlich 847,281, weiblich 878,183), Zunahme 67,597. Hessen 1,039,020 (männlich 516,516, weiblich 522,504), Zunahme 46,137. Elsaß-Lothringen 1,640,986 (männlich 833,173, weiblich 807,813), Zunahme 37,480. Mit Ausnahme von Sigmaringen und dem württembergischen Jagstkreis weichen alle Staaten eine Zunahme der Bevölkerung auf. Dort beträgt die Abnahme 333, hier 4104 Personen.

— Die Aussichten, daß die Margarinefrage demnächst geglättet geregelt wird, haben sich, wie die „Post“ schreibt, in den letzten Tagen ganz erheblich gebessert. Nachdem bereits von den Parteien, die die Margarinevorlage jetzt wieder im Reichstag eingebracht haben, das Zugeständniß gemacht worden ist, daß die Trennung der Verkaufsstellen nur auf Ortschaften von über 5000 Einwohner beschränkt werden soll, ist jetzt auch betreffs des Färbverbots eine Einigung zwischen den Verbänderten Regierungen und den Mehrheitsparteien des Reichstags erzielt worden. Im Reichsgesundheitsamt sind nämlich die Versuche mit einem Ersatzmittel für Phenolphthalein, das, ohne die Margarine selbst zu färben das Vorhandensein der Margarine nachzuweisen ermöglicht, zu einem erfolgreichen Ende geführt worden, was sie im letzten Frühjahr bekanntlich noch nicht waren. In Anbetracht dieser Ermittlungen wollen die Antragsteller, wie wir hören, auf

das Färbverbot verzichten, womit das Haupthinderniß für die Verhängung beseitigt ist.

— In der Presse wird jetzt lebhaft die Ernennung des Grafen Murawiew zum russischen Minister des Auswärtigen besprochen. Die „Hamburger Nachr.“ halten alle Befürworter, die sich an die Ernennung knüpfen, für vollständig unbegründet. Murawiew werde natürlich russische Politik machen, aber nach Ansicht der „Hamburger Nachr.“ nur russische, und diese nicht im Dienste irgend welcher fremden Einsäße. Graf Murawiew ist unseres Erachtens ein Politiker, mit dem die Geschäfte, die man überhaupt mit ihm zu machen hat, leicht und angenehm sind, weil sie ehrlieh betrieben werden. Der neue Minister ist ein Edelmann nicht nur von Geburt, sondern auch von Gesinnung; sein Name hat in Russland von früheren Generationen her einen nationalen Klang. In Berlin, wo nicht selten die Geschäfte der russischen Botschaft selbstständig von ihm geführt wurden, hat er sympathische Erinnerungen hinterlassen und sich niemals in grundsätzlicher Gegnerschaft gegen Deutschland gezeigt. Wenn er als russischer Minister russische Politik betreibt, so wird man bei uns damit nur zufrieden sein können; denn die notwendigen Ziele der unverfälschten russischen Politik haben nichts, was mit dem deutschen Interesse nicht verträglich wäre. Daß die russische Politik auch antideutsch werden kann, ist natürlich nicht ausgeschlossen, aber wir glauben, daß unsere friedlichen Beziehungen zu Russland ganz und gar von unserer eigenen Politik abhängen, und daß wir einen muthwilligen Angriff russischerseits auf uns weder jetzt, noch künftig zu gewärtigen haben; es fehlen dazu die solidirenden Interessen beider Nationen.

— Der „Correspondencia de Espana“ wird aus Tanger telegraphirt, daß die Nachricht, ein spanischer Unterthan habe sich als Mörder des deutschen Banquiers Haegner bekannt, vollständig falsch sei. Bis jetzt habe man nicht die geringsten Anhaltspunkte, um dem Betreffenden eine Schuld nachweisen zu können. Wie es scheint, ist dieser Verdacht nur deshalb ausgeprägt worden, um die finanziellen Folgen des Verbrechens von der marokkanischen Regierung abzuwenden. Es ist um so mehr geboten, daß die deutsche Vertretung in Marokko ein wachames Augenmerk auf die politischen Nach-

forschungen richtet und mit aller Energie auf die Regierung einwirkt, den Beamten ihre Pflicht einzuschärfen. In den Fällen Neumann und Kockstroh thaten die Behörden auch erst dann ihre Schuldigkeit, als der Regierung von deutscher Seite mit Repräsentanten gedroht und zwei Kriegsschiffe nach Saffi geschickt wurden.

— Hamburg, 16. Januar. Der Arbeitgeberverband hat folgendes Schreiben an Herrn J. Döring gerichtet: Auf Ihr Schreiben vom 13. ds. erwidert Ihnen der Arbeitgeberverband, daß er sich von Verhandlungen auf anderer Grundlage, als der von einem hohen Senat am 18. Dezember v. J. vorgeschlagenen, keinen Erfolg zu versprechen vermag; er ist jedoch bereit, die von ihnen ernannte Kommission zu hören und hat dazu die Herren Heitmann, Graumann und Gustav Lietgens beauftragt, welche dieselbe am Sonnabend Nachmittag um 2 1/2 Uhr in der Handelskammer erwarten werden.

— Hamburg, 16. Januar. In der heutigen Kommissionssitzung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Handelskammer wurde die Forderung der Arbeiter, daß die neuen Arbeiter zu entlassen und sämtliche alten wieder einzustellen seien, nicht angenommen. Die Verhandlungen führten schließlich zu dem Ergebnis, daß drei Arbeitgeber und drei Arbeitnehmer gewählt wurden, die Vorschläge zur Beilegung der Meinungsverschiedenheiten ausarbeiten sollen. Die Kommission besteht aus einem Arbeiter, einem Steuer- und einem Ewerführerbaas sowie einem Seemann, einem Stauer- und einem Ewerführerbaas. Eventuell sollen die Vorschläge einem Schiedsgericht unterbreitet werden. Die Verhandlungen dauerten ca. drei Stunden und fanden in verhältnißmäßig ruhiger Form statt.

— München. Die Meldung des „Bayer. Kurier“ von der für den 22. März geplanten Aufstellung der Büste Kaiser Wilhelms I. in der Walhalla bei Regensburg ist den „Münch. N. Nachr.“ zufolge unrichtig. Die vom Prinz-Regenten gestiftete und zur Aufstellung in der Walhalla bestimmte Büste Kaiser Wilhelms I. ist von Professor Konrad Knoll zwar schon seit geraumer Zeit fertiggestellt, kann jedoch nach dem Willen des Schöpfers der Walhalla,